

Stellungnahme zum Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke.PDS vom 27.11.06

Zu 1. Der Oberbürgermeister soll einmal im Quartal einen Bericht zur Situation des Rechtsextremismus in Eisenach abgeben. Es sollen Aussagen zu rechtsextremen Aktivitäten, Strukturen und Strategien, zur Verbreitung rechtsextremer Jugend- und Alltagskultur, zu Problemen mit rechtsextremen Einstellungen und Handlungen in Jugendeinrichtungen und Schulen sowie zu staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit gemacht werden.

Die Stadt Eisenach verfügt nur teilweise über Erkenntnisse zu diesen Themen. Nähere und präzisere Angaben können deshalb eher von der Polizei, dem Verfassungsschutz oder bei Problemen in den Schulen vom Schulamt gemacht werden. Ein Austausch dazu findet regelmäßig im Präventionsrat gegen politischen Extremismus statt, indem auch alle Stadtratsfraktionen vertreten sind. Über jede Sitzung wird ein Protokoll gefertigt, das die Vertreter und Vertreterinnen im Präventionsrat zeitnah erhalten. Dadurch können die Stadtratsfraktionen schnell aktuelle Informationen erhalten. Deshalb wäre ein Bericht des Oberbürgermeisters einmal im Jahr oder einmal im Halbjahr durchaus ausreichend. Der Bericht kann sich aber nur auf Erkenntnisse beziehen, die durch die Stadtverwaltung selbst erfasst werden können. Ob externe Einrichtungen dafür Zuarbeiten leisten können bzw. werden und in welchem Umfang, muß mit diesen noch geklärt werden.

Eine umfangreiche Berichtsvorlage über die Arbeit des Präventionsrates und das Bundesprogramm bis zur Stadtratssitzung am 15.12.06 würde ich zugunsten der Erstellung der Interessenbekundung der Stadt Eisenach für das Bundesprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" auf eine der ersten Stadtratssitzungen im nächsten Jahr zurückstellen. Die umfangreiche Interessenbekundung muß bis zum 31.12.06 bei der Stiftung Demokratische Jugend eingehen. Es ist aber möglich, einen Kurzbericht über den Stand der Interessenbekundung am 15.12.06 schriftlich zu geben. Der Präventionsrat gegen politischen Extremismus wird den Entwurf der Interessenbekundung in seiner Sitzung am 20.12.06 beraten.

Zu 2. Dieser Punkt ist sehr allgemein formuliert und enthält keinen konkreten Vorschlag, in welcher Form das Engagement gewürdigt werden soll. Anerkennung und Ehrung wurde bereits im letzten Jahr vom Oberbürgermeister ausgesprochen. Das Bündnis gegen Rechtsextremismus Eisenach hat im Rahmen der Ehrenamtswürdigung 2005 eine Sonderurkunde und die Ehrenmedaille der Stadt Eisenach für die kleinen, phantasievollen und symbolträchtigen Aktionen während einiger öffentlicher Veranstaltungen einer rechtsextremen Gruppe im Jahr 2005 erhalten.

Zu 3. Zur Zeit wird in der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren die Interessenbekundung für das Bundesprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" vorbereitet und soll fristgemäß eingereicht werden. Laut der Leitlinie des entsprechenden Programmbereiches „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) soll die Kommune kommunales Personal und Sachmittel in der Verwaltung selbst zur Durchführung und Abrechnung des Lokalen Aktionsplanes bereitstellen. Ob darüber hinaus noch Mittel für einzelne Projekte benötigt werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar. Erst wenn die Stadt Eisenach in dieses Programm aufgenommen wird, können konkrete Projekte beantragt werden.

Die Laufzeit des Programms beträgt drei Jahre. Pro Jahr werden maximal 100.000 EURO ausgereicht, wobei die Obergrenze je Projekt bei bis zu 20.000 EURO liegt.